

# Anreize für die Griechen

Wie kann Griechenland seine gigantischen Schulden zurückbezahlen? Die bisher diskutierten Lösungen überzeugen nicht.

Es gäbe eine viel bessere Alternative.

Von David Stadelmann (l.) und Michael Keller



In den nächsten Jahren muss Griechenland seinen geschätzten Schuldenberg von 120 Milliarden Euro refinanzieren. Dies entspricht fast fünfzig Prozent der Wirtschaftskraft (des Bruttoinlandsprodukts) des Landes. Die Finanzmärkte rechnen mittelfristig mit der Wahrscheinlichkeit eines griechischen Staatsbankrotts und verlangen hohe Zinsen für neue Kredite. Steigende Zinsen erhöhen wiederum die Wahrscheinlichkeit eines tatsächlichen Staatsbankrotts.

Ein Staatsbankrott würde in erster Linie Griechenlands Gläubiger treffen. Diese stammen mehrheitlich aus dem EU-Raum, wodurch sich die Aufregung und die Reaktionen der europäischen Regierungen erklären lassen. Da Griechenland das benötigte Geld zur Befriedigung seiner Gläubiger nur schwer am Finanzmarkt ausleihen kann, haben sich die EU-Länder zusammen mit dem Internationalen Währungsfonds zu einem gigantischen Rettungspaket durchgerungen. Den Beteuerungen der europäischen Regierungen, dass das Hilfspaket an strenge Sparziele gekoppelt ist, scheinen die Finanzmärkte wenig Überzeugendes abzugewinnen.

Es wird argumentiert, Griechenland könne die notwendigen Massnahmen und strukturellen Reformen nicht durchführen. Ein Ausschluss Griechenlands aus der Währungsunion und die Rückkehr zur Drachme stehen weiterhin im Raum. In diesem Fall würden die Schulden der Griechen jedoch entweder in Euro weiterlaufen, oder diese Massnahme käme bei Umschuldung in Drachmen, aufgrund der zu erwartenden Abwertung, einem impliziten Staatsbankrott gleich. Alternativ könnte die Drachme als Parallelwährung zur Bezahlung innerhalb Griechenlands eingeführt werden. Eine solche Parallelwährung setzt aber keine Anreize, sparsamer mit dem Geld umzugehen.

## Erfolgreich bis heute

Griechenland hat allerdings auch attraktivere Optionen zur Verfügung, um seine Schulden zurückzuzahlen und sich zu refinanzieren. Eine innovative Alternative wäre die Einführung eines Verrechnungssystems mit Gutscheinen. Ein solches System teilt die Vorteile einer Parallelwährung und setzt Anreize, tatsächlich zu sparen.

In einem Verrechnungssystem bezahlt Griechenland beispielsweise dreissig Prozent der Gehälter seiner Staatsangestellten mit Gutscheinen. Diese Gutscheine können in allen Unternehmen in Griechenland eingelöst werden. Jedes Unternehmen muss mindestens dreissig Prozent des Verkaufspreises in Form von Gutscheinen akzeptieren. Der getätigte Umsatz in Gutscheinen kann dem Staat weiterverrechnet werden. Implizit geben dadurch die griechischen Staatsbediensteten und die Unternehmen ihrem eigenen Land einen Kredit. Es handelt sich um einen Austausch der Gläubiger, der Refinanzierung ermöglicht.



Schuldenberg: Minister Papaconstantinou.

Verrechnungswährungen oder Gutscheinsysteme sind nicht neu. Während der Weltwirtschaftskrise in den dreissiger Jahren war Refinanzierung schwierig, da Geld gehortet wurde. Um der Geldordnung entgegenzuwirken, wurde 1934 in der Schweiz die Wirtschaftsring-Genossenschaft (WIR) gegründet, die die Verrechnungswährung WIR neben dem Franken einführte. Verrechnungswährungen, ähnlich dem WIR, gab es auch in anderen Ländern. Das WIR-System hat bis heute erfolgreich überlebt. Durch die Ausgabe von Gutscheinen würden die griechischen Staatsaus-

gaben in Euro für Gehälter um dreissig Prozent sinken, wodurch der tatsächliche Schuldendienst besser bewältigt werden könnte. Die Wahrscheinlichkeit, dass Griechenland neu aufgenommene Schulden zurückzahlen kann, würde steigen. Gleichzeitig würde die griechische Regierung Zeit gewinnen, um den Sparprozess zu organisieren und strukturelle Probleme zu lösen. Statt sich über den Finanzmarkt zu refinanzieren, könnte Griechenland seine eigenen Staatsbediensteten zur Refinanzierung nutzen.

Der Übergang der Schuldenlast von ausländischen Investoren auf die griechische Bevölkerung entlastete die internationalen Gläubiger und damit auch die anderen europäischen Länder. Daneben erhöhte sich der Anreiz für die griechischen Politiker und die Bevölkerung, einen Staatsbankrott zu vermeiden. Ist die eigene Bevölkerung Schuldner des Staates, schneidet sie sich mit einem Staatsbankrott selbst ins Fleisch. Jeder Grieche, der über Gutscheine verfügt, hätte selbst einen Anreiz, die Umsetzung der Sparmassnahmen zu überwachen.

Zuletzt könnten sich bei der Bezahlung mit Gutscheinen sogar die Steuereinnahmen des Staates erhöhen. In einem Gutscheinsystem würde die Attraktivität von Steuerhinterziehung sinken, da die Unternehmen selbst die Umsätze an den Staat melden, um die Gutscheine gegen Euro einzulösen.

Natürlich können Gutscheine nicht beliebig lange und in beliebiger Höhe ausgegeben werden. Reale und substanzielle Sparmassnahmen müssen folgen. Wir sind uns bewusst, dass auch diese Massnahme auf den Willen zur Schuldentilgung der Regierung und die Akzeptanz in der Bevölkerung angewiesen ist. Aber wenn die Griechen selbst nicht bereit sind, ihrem Land Vertrauen zu schenken, dann sollte man es auch nicht von Spekulanten erwarten. Kann sich ein Land aufgrund von massiver Spekulation nicht mehr auf die Finanzmärkte verlassen, so sollte auf ein System zurückgegriffen werden, das eine grössere Unabhängigkeit von ausländischen Investoren und Spekulanten ermöglicht.

David Stadelmann ist Oberassistent am Departement für Volkswirtschaftslehre der Universität Freiburg i. Ü. Michael Keller ist Diplomassistent und Doktorand am Lehrstuhl für Wirtschafts- und Sozialpolitik und am Center for Competitiveness der Universität Freiburg.